
VERTEILUNGSGERECHTIGKEIT

Rezension von: Gilbert Norden,
Einkommensgerechtigkeit – Was
darunter verstanden wird. Böhlau-
Verlag, Wien/Köln/Graz 1985,
304 Seiten

Zwar stellt die Verteilungsforschung ein zentrales Gebiet der Wirtschaftswissenschaften dar, dennoch fristet sie eher ein stiefmütterliches Dasein. Die Gründe dafür sind höchst unterschiedlich und reichen vom oftmaligen Fehlen einer geeigneten statistischen Datenbasis bis zum Mangel am Interesse einflußreicher gesellschaftlicher Gruppen an einer Information der Öffentlichkeit über ihre Einkommens- oder gar Vermögensverhältnisse.

Dabei nimmt die Frage nach der Verteilung der Einkommen einen wichtigen Platz in der öffentlichen Diskussion ein, sei es unter Wirtschaftswissenschaftlern und -politikern oder am Stammtisch. Und zu meist wird sie mit dem impliziten Hintergedanken gestellt, ob und wie eine Änderung hin zu einer gerechteren Verteilung möglich sei. Was allerdings dabei in der Praxis unter „Gerechtigkeit“ verstanden wird, ist alles anders als einheitlich.

Genau dieser Frage versucht der Autor des vorliegenden Werkes, ein Assistent am Institut für Soziologie in Wien, nachzugehen. Im ersten großen Abschnitt wird versucht, aus der Literatur eine Übersicht über bisherige Arbeiten zum Thema „Gerechtigkeit“ zu geben, wobei die Details der verschiedensten Theorien sowie die methodischen Ansätze für Ökonomen, Politiker oder Interessenvertreter von untergeordneter Bedeutung erschei-

nen. Hier sei nur hervorgehoben, wie breit gestreut die möglichen Definitionen eines „Gerechtigkeitsbegriffes“ sein können.

All diese Ansätze lassen sich drei Grundprinzipien unterordnen: erstens dem Gerechtigkeitsprinzip („Jedem das gleiche“), zweitens dem Beitragsprinzip („Jedem gemäß seinen Beiträgen / seinem Einsatz / seinem Verdienst“), und drittens dem Bedürfnisprinzip („Jedem nach seinen Bedürfnissen“). Darauf folgt eine Auflistung von über 30 möglichen Gerechtigkeitsprinzipien, die sich von der Zuteilung nach der zeitlichen Priorität bis zum Prinzip „So daß niemand stirbt“ (ungleiche Zuteilungen an die vom Tode bedrohten Personen sind gerechtfertigt) erstrecken.

Ein weiterer Teil dieses einleitenden theoretischen Abschnittes beschäftigt sich mit der Reaktion von Betroffenen auf als ungerecht empfundene Zustände. Dabei zeigt sich, daß „Vorgänge häufig dann noch als gerecht, als verdient interpretiert werden, wenn dies offenkundig nicht der Fall ist“ (S. 31), da der Glaube an eine Welt als gerechter Ort über die Unmöglichkeit Ungerechtigkeit zu verhindern hinwegtröstet. Damit verbunden sind negative Einstellungen gegenüber Armen, Verbrechenopfern usw., die letztendlich an ihrem Schicksal selber schuld seien. Elend im objektiven Sinn reicht nicht aus, um Revolutionen ausbrechen zu lassen. Dazu bedarf es einer gesellschaftlichen Erklärung von Elend und der moralischen Ablehnung. Statt Natur, Schicksal oder Gott müssen die Handlungen konkreter Menschen als Ursache identifizierbar sein. Historische Beispiele dafür lassen sich genug anführen, von den Schrecken des NAZI-Regimes bis zu der traditionellen US-amerikanischen Politik, durch das Zeigen auf den Feind von außen von inneren ökonomischen und sozialen Problemen abzulenken.

Doch nun zum empirischen Teil der Arbeit, der aus der Präsentation der

Ergebnisse zweier Umfragen besteht, welche vor allem die Gerechtigkeitsvorstellungen über die Einkommen der Befragten selbst, ihrer Bekannten sowie bestimmter Berufsgruppen (Sportler, Politiker, Künstler, Ärzte ...) erkunden sollten.

Dazu wurden auch die für möglich gehaltenen Folgen von Änderungen der bestehenden Einkommensverteilung (Nivellierung oder stärkere Differenzierung) gefragt. Ebenso wurden Schätzungen der Befragten über die Einkommen bestimmter Berufsgruppen den tatsächlichen Einkommen (soweit dafür realistische Daten existieren) dieser Gruppen gegenübergestellt.

Dabei stellte sich heraus, wie schlecht informiert die Bevölkerung ist, was allerdings kaum verwundert. „Im Zeitalter der Scheckkarten und Bankomaten weiß heute ja kaum noch einer, wie es gerade um die eigenen Finanzen steht. Kein Wunder, daß die die Klassengesellschaft ohnedies eher ver- als enthüllenden Verteilungsverhältnisse sich so noch weiter mystifizieren“ (S. 63, zitiert aus einer BRD-Studie). Auch die Widersprüche in den Argumentationssträngen zahlreicher Befragter weisen darauf hin, daß viele Auskunftspersonen das erste Mal gezwungen waren, „... ihre vorgeblichen Ansichten über Verteilungsprobleme im Laufe eines Gesprächs stringent durchzudenken“ (S. 205), daß also nur sehr vage Vorstellungen über die tatsächliche Einkommensverteilung existieren.

Besonders deutlich zeigt sich dies bei der Schätzung der Einkommen bestimmter Berufsgruppen sowie bei der Schätzung der Relation zwischen Niedrigst- und Höchsteinkommen. Einkommensunterschiede zwischen verschiedenen Berufsgruppen werden ebenso wie die möglichen Einkommensunterschiede vom Gros der Befragten unterschätzt.

Als gerecht wird allerdings eine wesentlich geringere als die von ihnen geschätzte und die faktisch bestehen-

de Streuung der Einkommen betrachtet. In beträchtlichem Ausmaß sollten die Einkommen der Spitzenverdiener (Primärärzte, Freiberufler, Politiker etc.) nach den Gerechtigkeitsvorstellungen der Befragten reduziert werden.

Die Folgen einer möglichen Änderung der bestehenden Einkommensverteilung werden höchst unterschiedlich bewertet. Als wichtigste positive Folgen einer Nivellierung wurden angeführt „mehr soziale Gleichheit, mehr Gerechtigkeit, ein besseres Sozialklima“, als negative Konsequenzen wurden „Leistungsrückgang, Senkung des Leistungsniveaus“ genannt.

Obwohl allgemein die bestehenden Einkommensdifferenzen als unbefriedigend groß bezeichnet werden, wird eine generelle Nivellierung ziemlich strikt abgelehnt, wobei allerdings der Begriff „Nivellierung“ nicht exakt definiert ist. Zumeist wird darunter eine völlige Angleichung aller Einkommen, manchmal aber bloß ein graduel- ler Abbau der Einkommensdifferenzen verstanden. Der Grund dafür ist, daß generell Einkommensgerechtigkeit sehr wohl eine Differenzierung nach der Leistung beinhaltet. Denn bei der Befragung sind es gerade die Befürworter der „Einkommensgleichheit“, die dieselbe mit „Leistungs- gerechtigkeit“ gleichsetzen. Sie sind der Meinung, „... daß eine tatsächlich auf Leistung basierende Entlohnung eben zu einer gleichen/gleicheren Einkommensverteilung führen würde/müßte“ (S. 197).

Ökonomische Differenzierungen werden sehr wohl befürwortet, allerdings mit einer (notwendigen) Begrenzung verbunden. So gut wie alle Befragten sprechen sich für ein garantiertes Mindesteinkommen für Arbeitswillige aus, nahezu die Hälfte ist für eine Begrenzung der Spitzeneinkommen. Zusammengefaßt kann das Ergebnis der Befragung als Wunsch nach einer „gerechteren Einkommensungleichheit“ bezeichnet wer-

den. Im politischen Bereich („domain“) dominiert dabei das Gleichheitsprinzip, im ökonomischen Bereich das Leistungsprinzip.

Daß die „wahrgenommene Relation zwischen Niedrigst- und Höchsteinkommen“ signifikant in positivem Ausmaß mit der „als gerecht empfundenen Relation zwischen Niedrigst- und Höchsteinkommen“ korreliert, bestätigt die Hypothese, „daß die Gerechtigkeitsurteile über Einkommensverhältnisse in einem Zusammenhang mit der Wahrnehmung eben dieser Einkommensverhältnisse stehen. Mit anderen Worten, je größer die Einkommensunterschiede gesehen werden, desto größere Einkommensunterschiede werden als ‚gerecht‘ empfunden“ (S. 253). Das Ergebnis, vom Autor kurz so charakterisiert, daß das, was sein sollte davon abhängt, was tatsächlich ist (S. 258), könnte man auch als positive Formulierung des alten Sprichwortes – daß nicht sein kann, was nicht sein darf – bezeichnen.

Was das gesamte vorliegende Werk weder leisten kann noch will ist eine eindeutige Klärung des Gerechtigkeitsbegriffes. Im Gegenteil, nach der Lektüre sind vielleicht vorher schon fix bestehende Vorstellungen wieder zu relativieren, zu überdenken, da dem Leser durch eine breite Palette von Theorien (soziologischen, psychologischen, ökonomischen) und empiri-

schen Arbeiten und Meinungen die Vielfältigkeit dieses Begriffes vor Augen geführt wird.

Die vom Autor selbst durchgeführten Umfragen erheben dabei keineswegs den Anspruch repräsentativ zu sein, die Ergebnisse sind nicht ohne weiteres zu verallgemeinern. Doch gerade die umfangreiche Präsentation von einzelnen Meinungen, von wörtlichen Zitaten aus den Tonbandprotokollen der Interviews machen das Buch lebendig, hauchen der trockenen Materie der ökonomischen Analyse der Verteilung Leben ein.

Ein kleiner Kritikpunkt soll dabei nicht unerwähnt bleiben: Es ist typisch für die nur sehr vagen Vorstellungen, die in der Bevölkerung über die Einkommensverhältnisse bestehen, daß sich die Untersuchung auf die Einkommen unselbständig Beschäftigter und einiger weniger Freiberufler (Ärzte, Anwälte, Künstler) konzentriert.

Die Einkünfte aus Besitz und Unternehmung, die ja auch in der amtlichen Statistik (besonders in der Steuerstatistik!) nicht gerade vor Aussagekraft strotzen, werden natürlich nicht in die Untersuchung miteinbezogen. Denn es bestehen kaum Kenntnisse über deren Höhe, und der Gedanke, daß auch diese zur Verteilung zur Verfügung stehen, erscheint wohl zu ketzerisch.

Thomas Delapina